Stau auflösen

Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände fordern anlässlich der Verkehrsministerkonferenz Ausbau des ÖPNV. **Von Bernd Müller**

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden sowie der evangelischen Kirche hat am Donnerstag eine »sozial gerechte und ökologische« Verkehrswende verlangt. Pünktlich zur Verkehrsministerkonferenz veröffentlichte es ein 55seitiges Papier, in dem die Forderungen darlegt wurden. Es sei längst an der Zeit, dass der Bereich seinen Beitrag zum Klimaschutz leiste, heißt es in der Erklärung. Werde das Mobilitätssystem umgebaut, ergäben sich Chancen, den Bedürfnissen aller im Land gerecht zu werden: »ob Menschen in der Stadt oder auf dem Land, Beschäftigte mit hohem oder niedrigem Einkommensniveau, jung oder alt, gesund oder mit körperlichen Einschränkungen«.

Im Zentrum der Forderungen steht der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dessen Infrastruktur soll deutlich verbessert, also überall verfügbar werden. Gleichzeitig soll er von allen Menschen – mit oder ohne Handicap – genutzt werden können. Darüber hinaus fordert das Bündnis mehr Fuß- und Radwege sowie die Förderung klimaneutraler Mobilität und emissionsarmer Zukunftstechnologien.

Die Verkehrswende werde Städte und Dörfer verändern, erklärte Verena Bentele, die Präsidentin des Sozialverbandes VdK ist. Sie hob die Bedeutung der Barrierefreiheit hervor: »Barrierefreie Bahnhöfe, mehr Platz für Rollatoren und Kinderwagen auf den Gehwegen oder vielfältige Sharing-Angebote auch auf dem Land« würden bessere gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen. Es könne nicht sein, dass es in der BRD Dörfer ohne Busanbindung gebe, sagte Bentele weiter. Um die Situation zu verbessern, schlägt das Bündnis die Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen, Verkehrsverbünden und privaten Anbietern vor. So könne »eine neue Mobilitätskultur überall erfahrbar« werden, heißt es in dem Papier.

JOCHEN TACK/IMAGO IMAGES

Gefordert werden mehr Züge und Radwege für die Beschäftigten (Mülheim an der Ruhr)

Der Ausbau des ÖPNV scheitert allerdings an den klammen Kassen der Kommunen. Neue Fahrzeuge können oft nicht angeschafft werden, und für zusätzliches Personal ist auch kein Geld da. Deshalb fordert das Bündnis von Bund und Ländern, eine umfangreiche Finanzierung auf lange Sicht sicherzustellen. Damit könnten die Ticketpreise günstiger werden, bei gleichzeitig verbessertem Angebot.

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell wies auf die Situation der rund 20 Millionen Menschen hin, die täglich einen längeren Arbeitsweg zu bewältigen haben. »Wir haben als Gewerkschaft nicht für Arbeitszeitverkürzung gekämpft, damit Menschen länger im Stau stehen«, sagte er am Donnerstag. Es brauche deshalb ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot. Der Umbau des Verkehrssektors müsse »untrennbar mit sozialer Sicherheit und guter Arbeit« einhergehen, so Körzell weiter. Der DGB schätzt, dass der Nahverkehr bis zum Jahr 2030 rund 170.000 neue Beschäftigte brauchen wird. Deshalb müssen die Stellen im ÖPNV attraktiver werden. Konkret bedeutet das: höhere Löhne, mehr Beschäftigte und kürzere Arbeitszeiten.

Jörg-Andreas Krüger, Präsident des Naturschutzbundes, erklärte, dass der Verkehr »ein entscheidender Treiber des Klimawandels und vieler anderer Umweltbelastungen« sei. Deshalb müssten in ihm saubere Energieformen etabliert werden. Das heißt für ihn auch, schnell mehr Ladestellen für Elektrofahrzeuge zu errichten.

Bekräftigt wurde die Bedeutung des Verkehrs für die Umwelt ebenfalls kürzlich vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. Am Dienstag hatte es erklärt, der Verkehr sei »derzeit für etwa ein Viertel der energiebezogenen Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich«. Deshalb müssten strengere Grenzwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen eingeführt werden. Außerdem müssten Infrastrukturen für alternative Antriebe aufgebaut werden. Beim Umbau des Verkehrs müssten aber auch »die Interessen vieler hunderttausend Menschen in der Automobil- und Zulieferindustrie« berücksichtigt werden, sagte der Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann am Donnerstag. Das »gesellschaftliche Megaprojekt« könne nur gelingen, wenn sowohl die ökologische als auch die soziale Seite der Verkehrswende berücksichtigt werden.

Angriff aufs Rentenalter

Wirtschaftsforschungsinstitute: Länger arbeiten als Antwort auf Coronakrise

Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums haben mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute eine »Gemeinschaftsdiagnose« zur deutschen Wirtschaft erstellt. Darin haben die Forscher steigende Staatsschulden und eine alternde Bevölkerung festgestellt. Daher raten sie der Regierung, das Renteneintrittsalter in der BRD zu erhöhen. Demnach werde es eine Herausforderung, die Staatsfinanzen nach der Pandemie wieder auf eine »solide Basis« zu stellen, heißt es in der am Donnerstag vorgelegten Frühjahrsprognose. Vor allem die steigenden Ausgaben für die Rentenversicherung spielten dabei eine große Rolle.

Die Coronapandemie hinterlässt laut der Prognose deutliche Spuren in der Wirtschaft. Die Institute korrigierten ihre Konjunkturprognose nach unten: Sie erwarten, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 3,7 Prozent zulegt – und nicht um 4,7 Prozent, wie sie im Herbst vorhergesagt hatten. Außerdem rechnen die Forscherinnen und Forscher damit, dass vor allem die Lage im Dienstleistungssektor schwierig bleibt. Eine Lockerung des Shutdowns sei erst gegen Mitte des Jahres zu erwarten. Dann aber werde sich das wirtschaftliche Geschehen in vielen Bereichen rasch »normalisieren«.

Neue Konjunkturprogramme sind aus Sicht der Institute wegen der erwarteten Erholung nicht nötig. Bis zum Sommer müssten die Unternehmen noch unterstützt werden. Sobald die staatlichen Hilfsmaßnahmen auslaufen, könne auch die Zahl der Insolvenzen stark steigen. Die bisher niedrigen Zahlen an Unternehmenspleiten seien wohl vor allem auf die staatlichen Maßnahmen und das Aussetzen der Anmeldepflicht für Insolvenzen zurückzuführen, heißt es.

Die sogenannte Gemeinschaftsdiagnose der Institute wird zweimal im Jahr erstellt, im Frühjahr sowie im Herbst. Beteiligt sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das Ifo-Institut in München, das Institut für Weltwirtschaft Kiel, das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle sowie das Essener RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. (dpa/jW)

jW Dossier
Mindestlohn
Für Arbeit, von der man leben kann
jungewelt.de/mindestlohn

Sachgrundlose Befristung beschränken

Berlin. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will die Dauer und Häufigkeit von Arbeitsverträgen begrenzen, die ohne sachlichen Grund befristet sind. »Es gibt zu viele willkürlich befristete Arbeitsverträge, die vor allem für junge Menschen große Unsicherheiten in der Lebensplanung bedeuten«, sagte Heil dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (Donnerstag). Von rund 1,7 Millionen Neueinstellungen, die es bundesweit im zweiten Quartal 2020 gegeben habe, seien 700.000 befristet gewesen, hieß es unter Verweis auf Daten des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. (dpa/jW)

Wegen Chipmangels Kurzarbeit bei VW

Emden. Wegen fehlender elektronischer Bauteile steht Beschäftigten im Emder Volkswagen-Werk erneut Kurzarbeit bevor. Diese sei vorsorglich für den Monat April angemeldet worden, teilte eine Sprecherin am Standort in Emden am Donnerstag mit. Auch am Stammsitz in Wolfsburg führt der Halbleitermangel erneut zu Einschränkungen. Dort soll in der Woche vom 26. bis 30. April eine Frühschicht in der »Golf«-Fertigung ausfallen, wie Volkswagen mitteilte. (dpa/jW)

Finanzminister verteidigt Nachtragshaushalt

Berlin. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat die weitere deutliche Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes als unerlässlich zur erfolgreichen Bewältigung der Coronapandemie verteidigt. Scholz äußerte sich am Donnerstag im Bundestag bei der ersten Beratung eines Nachtragshaushalts, der 60,4 Milliarden Euro zusätzliche Kreditaufnahme vorsieht. Gesine Lötzsch (Die Linke) sagte, realistischerweise gebe es nur zwei Möglichkeiten, die Schulden wieder abzubauen: »Entweder den Sozialstaat herunterzufahren oder Milliardäre und Multimillionäre gerecht zu besteuern. Wir als Linke entscheiden uns für die zweite Variante.« (dpa/jW)

ANZEIGE

Themenauswahl:

Pandemie – COVID-19 ist tödlich!
Corona hin Corona her! Ausweg Sozialismus

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
DDR Anspruch und Wirklichkeit 1952 - 1956

Krise Automobil-Industrie Continental-Konzern
Höchste Zeit zu kämpfen!

Traditionslinien des Nazi-Faschismus brechen
Remagen: Nazis blockieren ist legitim!

Kampf dem repressiven Staatsapparat!
Verfahren G20 und Roter Aufbau- Solidarität

Coronakrise ... Klimawandel
Wirkliches Übel – der Kapitalismus!

Zu beziehen über: Postfach 48, 73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de ★ www.trotzalledem.bplaced.net